



vielfalt familie

Zeitschrift des Zukunftsforum Familie (ZFF)

Ausgabe 30 | April 2020

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

*Sorge um Pflegebedürftige
als gesamtgesellschaftliche
Aufgabe*



Thema: Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf // Interview mit Christiane Reckmann (Vorsitzende ZFF) // Debatte um das Abstammungsrecht // Unsere Mitglieder: awo lifebalance GmbH //

Buch-Tipp: „100 Jahre Arbeiterwohlfahrt – 100 Jahre Kinder und Familien im Blick“



© Kai Döring

*Liebe Leser*innen,*

bis vor kurzem unvorstellbar: Schulen und Kindertagesstätten, Unternehmen, Geschäfte sind geschlossen – das öffentliche Leben ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Und es zeigt sich: Die Familie, die Gemeinschaft verlässlicher Fürsorge, ist das Fundament, auf das sich unsere Gesellschaft verlässt. Das ist gut und richtig, dennoch kommt es nicht selten zu Überforderung bei der gleichzeitigen Vereinbarkeit von Kinderbetreuung, Begleitung der Schulaufgaben, Pflege von Angehörigen, den Anforderungen der Erwerbsarbeit, aber auch der Selbstsorge jedes Einzelnen. In dieser Situation zeigt sich leider auch, dass gerade armutsbetroffene oder erschöpfte Familien abgehängt und vielfach alleine gelassen werden.

Diese Krise macht deutlich, auf welche Aufgaben wir als Gesellschaft einfach nicht verzichten können: Die Fürsorge im privaten Umfeld, professionalisiert in den sozialen Berufen. Diese Systeme müssen krisensicher gemacht und die darin arbeitenden Menschen nachhaltig unterstützt werden. Dabei bleibt die geschlechtergerechte und solidarische Gestaltung dieser Lebensbereiche zentral!

In der vorliegenden Ausgabe der „vielfalt familie“ geht es im Schwerpunkt um einen dieser relevanten Bereiche: Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Darüber hinaus berichten wir von Entwicklungen zum Thema Kindergrundsicherung, unserer Arbeit in den Bereichen der Familienbildung, der Reform des Abstammungsrechts sowie zum 100-jährigen Bestehen der Arbeiterwohlfahrt. Anfang Oktober wird die Mitgliederversammlung des ZFF einen neuen Vorstand wählen. Eines ist dabei sicher: Auch weiterhin kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in der Politik für Familien!

Ich wünsche eine gute Lektüre!

Ihre/Eure

Christiane Reckmann, Vorsitzende ZFF



Schwerpunkt

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Sorge um Pflegebedürftige als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Wie schaffen wir das bloß? Ob Großeltern, Eltern, Partner*in oder Kind – wenn in der Familie ein Pflegefall auftritt, stehen Angehörige vor enormen Herausforderungen. Sie müssen sich – oft kurzfristig – mit der Frage auseinandersetzen, wie Pflege organisiert werden kann. Die große Mehrheit entscheidet sich für die private Pflegeübernahme. Von ca. 3 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden etwa drei Viertel zu Hause gepflegt und überwiegend von Angehörigen versorgt – Tendenz steigend. Die Bereitstellung von Zeit und Ressourcen, vielleicht auch die Aufnahme in den eigenen Haushalt, betrifft dabei alle Familienmitglieder organisatorisch und emotional. Für den Großteil der privat Pflegenden muss diese Verantwortungsübernahme mit dem Job vereinbart werden.

Unterstützungsangebote für erwerbstätige pflegende Angehörige nicht ausreichend

Der Gesetzgeber hat sich vor Jahren auf den Weg gemacht, sorgende Angehörige in der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu unterstützen. Mit der zuletzt 2015 reformierten Pflege- und Familienpflegezeit sind Rechtsansprüche für Arbeitnehmer*innen geschaffen worden, die in Betrieben mit mindestens 15 (Pflegezeit), respektive 25 (Familienpflegezeit), Beschäftigten arbeiten. Für die Versorgung pflegebedürftiger naher Angehöriger zu Hause kann eine Freistellung von bis zu 24 Monaten in Anspruch genommen werden. Für diese Auszeiten können Beschäftigte ein zinsloses Darlehen beantragen. Die verschwindend geringe Inanspruchnahme zeigt, dass diese Möglichkeit für informell Pflegende jedoch nur wenig attraktiv ist: Seit 2015

haben nur insgesamt 921 Personen von dem Darlehen Gebrauch gemacht (BT 19/11550). Stattdessen werden notwendige Auszeiten oder Beschäftigungsreduzierungen für die Pflege meist durch eigenes Einkommen, Ersparnisse oder mit dem Pflegegeld „finanziert“ (Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2019). Angehörige, die diese gesellschaftlich so wichtige Aufgabe übernehmen, bleiben also neben den alltäglichen Belastungen auch auf den finanziellen Kosten der familiären Pflege sitzen. Ressourcen, die – gerade in Familien mit Kindern – an anderen Stellen fehlen.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf als Gleichstellungsaufgabe

Die Organisation von Pflegefragen berührt dabei unweigerlich das Geschlechterverhältnis, denn nicht nur bei der Betreuung kleiner Kinder, sondern auch bei der Sorge pflegebedürftiger Menschen übernehmen

Frauen – (Ehe-)Partnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter – den Löwenanteil der privaten Sorgearbeit. Der Blick in die Statistik zeigt, dass rund 70 Prozent aller Hauptpflegepersonen weiblich sind. Im Vergleich zu Männern reduzieren Frauen auf Grund privater Pflegeverantwortung auch in höherem Maße ihre Wochenarbeitszeit.

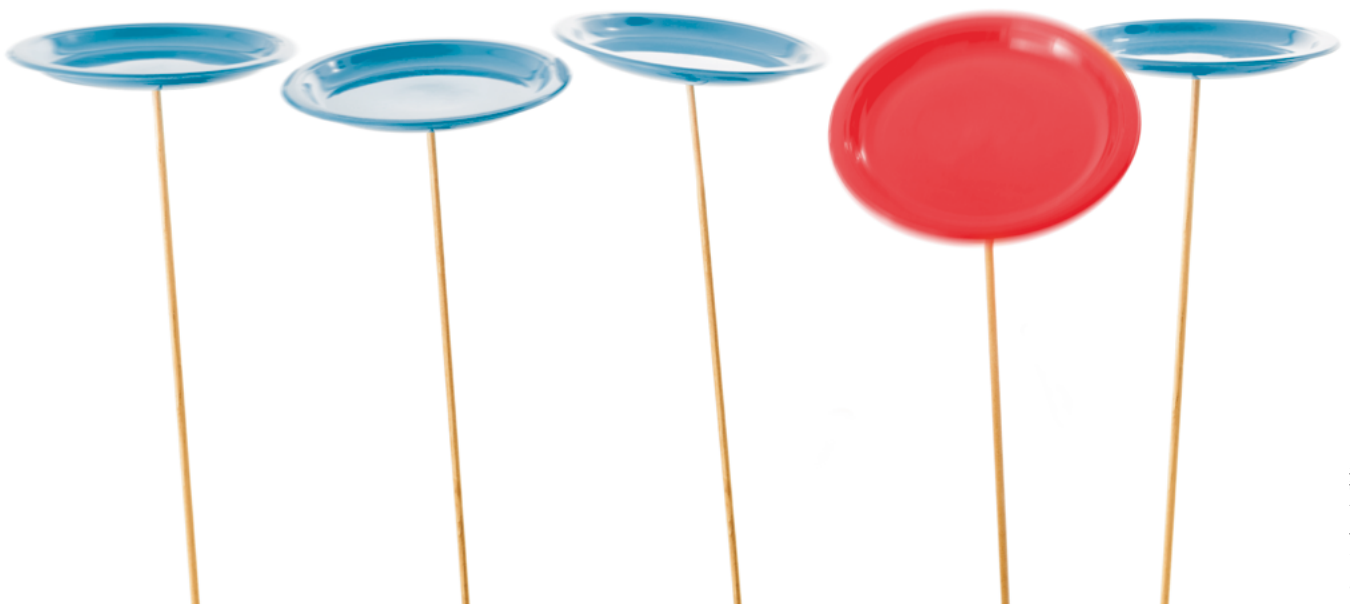
Durch pflegebedingte Teilzeit reduziert sich für Frauen der ohnehin eingeschränkte Spielraum einer eigenständigen Existenzsicherung und die Chance auf berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.¹ Neben diesen beruflichen Risiken erhöht sich mit steigendem Pflegeaufwand auch die Wahrscheinlichkeit, selbst unter Stress und psychischen Störungen zu leiden.²

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass der Anteil der Männer, vor allem der Söhne, die Pflegeaufgaben übernehmen, zunimmt – allerdings in einem deutlich geringeren zeitlichen Umfang.³

Aus familien- und gleichstellungspolitischer Perspektive besteht also enormer Handlungsbedarf. Auch für diesen Bereich gilt: Politik muss ermöglichen, dass Menschen Sorgearbeit und Erwerbsarbeit zur eigenständigen Existenzsicherung in ihr Leben integrieren. Dafür müssen Phasen der Sorgearbeit finanziell und sozialversicherungsrechtlich abgesichert werden. Dabei müssen auch längerfristige und nicht mehr kompensierbare Nachteile, z. B. in der Altersvorsorge, vermieden werden.⁴

Neuer Schwung in der politischen Debatte

Die aufgezeigten Herausforderungen für pflegende Angehörige sind in erster Linie Handlungsaufträge an die politisch Verantwortlichen. Mit der Veröffentlichung des Berichts des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf im Sommer 2019 ist erneut Schwung in die Debatte



©www.istock.com/mrfilkin

¹ Rothgang, Heinz; Müller, Rolf (2018): BARMER Pflegereport 2018. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse. Berlin.

² Eggert, Simon; Naumann, Daniela; Teubner, Christian; (2018): ZPQ-Unternehmensbefragung „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“, [online]: https://www.zqp.de/wp-content/uploads/ZQP_Analyse_BerufPflegeDemenz_vf.pdf

³ Rothgang, Heinz; Müller, Rolf (2018): BARMER Pflegereport 2018. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse. Berlin.

⁴ ZFF-Positionspapier (2019): „Fifty – Fifty?! Wie kann partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit gelingen?“, [online]: https://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/broschueren/ZFF_PP_2019_Partnerschaftlichkeit.pdf



... auch bei der Sorge pflegebedürftiger Menschen übernehmen Frauen – (Ehe-)Partnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter – den Löwenanteil der privaten Sorgearbeit. Rund 70 Prozent aller Hauptpflegepersonen sind weiblich.

um die politische Gestaltung des beschriebenen Spannungsfeldes gekommen. Ausgangspunkt war dabei die Beiratsposition, dass die Pflege pflegebedürftiger Menschen genauso wichtig sei wie die Betreuung und Erziehung von Kindern und ebenfalls gesamtgesellschaftlich verantwortet werden muss. Um die Rahmenbedingungen für erwerbstätige pflegende Angehörige nachhaltig zu verbessern, schlägt der Beirat u. a. Freistellungsmöglichkeiten für bis zu 36 Monate – bei einer Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden – vor. Diese Auszeiten sollen durch eine Entgeltersatzleistung, analog zum Elterngeld, finanziell unterstützt werden.

Die Handlungsempfehlungen entsprechen jahrelangen Forderungen des ZFF, denn die vorgeschlagenen Instrumente haben aus unserer Sicht das Potential, die längerfristige Verantwortungsübernahme für pflegebedürftige Menschen angemessen abzusichern. In der konkreten Ausgestaltung einer solchen Leistung muss darauf geachtet werden, dass sie Aspekte sozialer Ausgewogenheit und Partnerschaftlichkeit

berücksichtigt und diesen Zielen nicht entgegensteht. Für pflegende Angehörige mit parallelen Sorgeverpflichtungen gegenüber minderjährigen Kindern sind ggf. noch weiterreichende Leistungen nötig.

Die politischen Entscheider*innen lassen trotz der gesellschaftlichen Brisanz bislang auf sich warten: Die Gestaltung des Lebensbereichs hat immer noch keine Priorität auf der politischen Agenda mit der Folge, dass pflegende Angehörige und Pflegebedürftige weiter im Stich gelassen werden.

Pflege als private Aufgabe?

Die Übernahme von Pflegeverantwortung setzt darüber hinaus infrastrukturelle Bedingungen voraus, die privat Pflegende bei der Erfüllung ihrer psychisch wie physisch belastenden Aufgaben unterstützen. Die Übernahme privater Sorgeverantwortung kann, soll und darf professionelle Pflege nicht ersetzen. Notwendig sind dafür beispielsweise niedrigschwellige individuelle Beratungs- und Begleitangebote, flexible Unterstützung durch ambulante Pflegedienste, entlastende Tages-, Nacht- und Kurzzeitpfle-

ge sowie ehrenamtliche Netzwerke, um den Pflegenden die so wichtige eigene Selbstsorge und Regeneration zu ermöglichen.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Familie bzw. Angehörige zukünftig überhaupt so eine zentrale Rolle bei der Übernahme von Sorge pflegebedürftiger Angehöriger spielen sollten. Der Blick nach Schweden zeigt, wie ein Pflegesystem aussieht, welches stärker auf eine qualitativ hochwertige, würdevolle und für alle zugängliche Pflegeinfrastruktur setzt.

Es bleiben also zentrale Fragen auf dem Weg zu einer humanen, pflegefreundlichen Gesellschaft offen. Diese möchte das ZFF auf einer gemeinsamen Fachtagung mit dem Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Jahr 2020 in Berlin thematisieren. Zur Diskussion steht, wie eine moderne Familien- und Sozialpolitik aussieht, welche die Sorge um Pflegedürftige als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift und die Bedürfnisse von Betroffenen in den Mittelpunkt von Reformdebatten stellt.

(Christiane Reckmann/Lisa Sommer)

Interview

„Solidarität ist in unserer Gesellschaft kein Selbstläufer!“

Christiane Reckmann steht seit der Gründung des ZFF im Jahr 2002 an der Spitze des Verbandes. Ebenso ist sie seit mehr als 20 Jahren Mitglied des Bundespräsidiums der AWO und dort als Vorsitzende des Fachausschusses Frauen, Familie, Kinder, Jugend und Bildung für alle Themen dieser Zielgruppe zuständig. Wir haben unsere Vorsitzende befragt:

Seit über 20 Jahren begleitest Du nun die Familienpolitik – bzw. die „Politik für Familien“, wie das ZFF sagt, aus der Nähe. Was hat sich seitdem verändert?

In den vergangenen Jahren ist das gesellschaftliche Bewusstsein gewachsen, dass Familienleben vielfältig ist. Als das ZFF gegründet wurde, galt der weite Familienbegriff, den wir zur Grundlage unserer Arbeit gemacht haben, noch als revolutionär, heute bildet er quasi den fachlichen Mainstream ab. Das freut mich sehr – wir lagen damals schon richtig! Genau so wird Familienpolitik heute fast überall auch partnerschaftlich und gleichstellungsorientiert gedacht. Wir diskutieren über Gender Pay und Gender Care Gap und wollen Elternzeit paritätisch umgesetzt sehen. Vielfältige Familien führen aber auch zu vielfältigen Trennungsfamilien. In diesem Zusammenhang widmen wir uns auch den Bereichen von Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsrecht. Es ist herausfordernd, dabei das Wohl des Kindes immer im Mittelpunkt zu halten. Ebenso herausfordernd sind rückwärtsgewandte Kräfte, die wieder für konservative Rollen und Familienmodelle werben. Für die Vielfalt familiären Lebens muss auch weiterhin fachlich und solidarisch gestritten werden.

Bereits bei der Gründung des ZFF war Kinderarmut ein wichtiges Thema des ZFF. Was hat sich seitdem getan?

Kinderarmut ist auch heute noch ein politischer Skandal, im Gegensatz zu 2002 aber kein Tabu mehr in der politischen Debatte. Die AWO-ISS Langzeitstudie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Armut, ihre gesellschaftlichen Strukturen und ihre fatalen Folgen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, unübersehbar geworden ist. Wir haben erreicht, dass die Kindergrundsicherung, welche wir als ZFF und AWO mit dem Deutschen Kinderschutzbund entwickelt haben, in den bundespolitischen Debatten angekommen ist. Aber auch hier gilt: Das ist kein Selbstläufer! Nach wie vor bestehen die alten Vorurteile von persönlichem Verschulden und der Erziehungsunfähigkeit armer Eltern weiter. Alle Kinder brauchen eine armutsfeste Grundver-



sorgung für ein gedeihliches Aufwachsen. Da müssen wir noch dicke Bretter bohren.

Das ZFF widmet sich in diesem Jahr in besonderer Weise dem Thema „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“. Warum?

Die Unterstützung der Pflege von Angehörigen ist eine der großen familienpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Aktuell werden drei Viertel der pflegebedürftigen Menschen überwiegend von Angehörigen versorgt und die Zahlen steigen. Die Gesellschaft verlässt sich auf dieses Engagement – für die Familien steht der Alltag auf unabsehbare Zeit auf dem Kopf. Um ihnen in dieser Situ-

ation eine Chance zu geben, ihre verschiedenen Verantwortungsbereiche neu zu organisieren, braucht es als Minimum zeitliche und finanzielle Absicherungen über unser Sozialsystem. Wir brauchen verlässliche und kurzfristig verfügbare Instrumente, die für Väter wie Mütter, Söhne wie Töchter gleichermaßen umsetzbar sind. Hier sind der Gesetzgeber auf Bundesebene, aber auch Betriebe und Kommunen gefordert.

Im Herbst 2020 wirst Du nicht mehr für den ZFF-Vorstand kandidieren, Ende des Jahres ist auch im AWO Bundespräsidium Schluss. Was sind die drei größten Wünsche, die Du an die zukünftige Familienpolitik hast?

Bevor ich diese Frage beantworte, möchte ich eins ganz deutlich sagen: Ohne die Mitstreiter*innen im Vorstand und in der Geschäftsstelle des ZFF, im Präsidium der AWO und im Fachausschuss für Frauen, Familie, Kinder, Jugend und Bildung hätte ich für eine vielfältige Familienpolitik nicht viel erreichen können. Dafür sage ich Danke!

Für die Zukunft möchte ich drei Wünsche von vielen nennen: Die Einführung einer einkommensabhängigen Kindergrundsicherung, die Einführung einer bezahlten Familienpflegezeit und die Beseitigung aller Diskriminierungen von nicht-ehelichen Lebens- und Fürsorgegemeinschaften. 

Positionspapier

Familienbildung

Sozialisation, Erziehung und Bildung von allen Kindern in einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft zu realisieren bedeutet, frühzeitig und nachhaltig in Teilhabechancen, Gestaltungsspielräume und Unterstützungssysteme für Familien zu investieren. Familienbildung ist damit ein wesentlicher Teil der Grundversorgung für Erziehungsverantwortliche in ihren familiären und gesellschaftlichen Bezügen.



Im Dezember 2019 haben der AWO Bundesverband und das ZFF gemeinsam das Positionspapier „Familien begleiten – von Anfang an!“ veröffentlicht, welches in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Akteur*innen der Familienbildung entwickelt wurde. Es belegt die hohe Wirksamkeit von Familienbildung nach § 1 und § 16 SGB VIII, u. a. als universalpräventive Leistung, kontrastiert diese mit den aktuellen Herausforderungen vor Ort und benennt politische Empfehlungen – allen voran die Stärkung des bundesgesetzlichen Rechtsanspruches, die Forderung nach Ausführungsbestimmungen der Länder und die offensive Einbeziehung in die Kommunalpolitik. 

(Wolfgang Stadler/Alexander Nöhring)

Das Positionspapier steht zum download bereit unter www.zukunftsforschungsfamilie.de/info-center/publikationen/positionspapiere



**GRUND-
SICHERUNG
FÜR KINDER
JETZT!**
**BÜNDNIS KINDER
GRUNDSICHERUNG**

Konzept Kindergrundsicherung

Aktuelle Entwicklungen

Unser intensive Lobbyarbeit gegen Kinderarmut trägt nun Früchte: SPD, Grüne und Linke bringen Konzepte für eine Reform der Familienförderung in die bundespolitische Diskussion ein. Zwar enthalten die Konzepte wesentliche Bausteine einer Kindergrundsicherung, wie wir sie seit 2009 mit einem breiten Bündnis fordern, dennoch muss dringend darauf geachtet werden, dass eine neue Leistungsstruktur tatsächlich armutsüberwindend wirkt. Eine darauf ausgerichtete Kindergrundsicherung baut für uns auf drei zentralen Kriterien auf: Es geht uns erstens um die Sicherstellung des Existenzminimums für alle Kinder. Dafür muss das Nebeneinander unterschiedlich hoher Existenzminima im Sozial- und Steuerrecht beendet und die neue Leistung an ein realistisch berechnetes kindliches Existenzminimum gekoppelt werden. Zweitens muss eine Kindergrundsicherung sozial gerecht ausgestaltet werden und damit die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen deutlich besserstellen. Starke Schultern können mehr tragen als schwache, daher sinkt die Kindergrundsicherung mit steigendem Einkommen langsam ab. Drittens muss die Kindergrundsicherung einfach, möglichst unbürokratisch und automatisch ausbezahlt werden, damit sie auch tatsächlich ankommt. Schnittstellen zwischen Leistungen müssen daher gut aufeinander abgestimmt sein. 

(Britta Altenkamp/Nikola Schopp)

Weitere Informationen unter www.kinderarmut-hat-folgen.de

Positionierung

Debatte um das Abstammungsrecht

Der Wandel von Familienformen und die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin stellen neue Anforderungen an das Abstammungsrecht. In vielen Familien sind biologische, rechtliche, genetische und soziale Elternschaft bzw. Kindschaft nicht deckungsgleich. Gerade im Interesse des Wohl des Kindes muss jede praktische Gestaltung von Eltern-Kind Verhältnissen durch Übernahme elterlicher Verantwortung rechtlich anerkannt und unterstützt werden. Im Jahr 2019 veröffentlichte das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) dazu einen Diskussteilentwurf.

Das Zukunftsforum Familie fordert seit Jahren passende Rechtsrahmen für tatsächlich gelebte Familienformen. Vor dem Hintergrund des veröffentlichten Diskussteilentwurfs lud das ZFF im November 2019 zu

einer Expert*innenrunde ein. Auf Basis der geführten Debatten erarbeitet das ZFF derzeit ein Positionspapier für eine gute – vom Wohl des Kindes ausgehende – Reform des Abstammungsrechts. 

(Renate Drewke/Lisa Sommer)



© www.istock.com/Glorphy

Die awo lifebalance GmbH stellt sich vor

Beruf und Leben im Einklang

Die awo lifebalance GmbH ist ein Dienstleistungsunternehmen mit dem Ziel, die Beschäftigten von Unternehmen und Behörden bei der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu unterstützen.

Die Tagesmutter des 1-jährigen Kindes ist erkrankt oder die hochbetagte Mutter eines Beschäftigten gestürzt – Situationen, die jede*n treffen können und die Balance zwischen Berufs- und Privatleben auf die Probe stellen.

In diesen Situationen hilft die awo lifebalance GmbH den Beschäftigten dabei, Berufstätigkeit und Privatleben zu vereinbaren und zu einer ausgewogenen Work-Life-Balance zu finden. Durch professionelle Fachkräfte werden die Beschäftigten individuell in ihrem Anliegen betreut und über den gesamten Beratungsprozess von einer festen Ansprechperson begleitet.

Unterstützung bietet die awo lifebalance GmbH in den vier Bereichen Kinderbetreuung, Pflege, Lebenslagencoaching und hausnahen Dienstleistungen an.

In dem Fachbereich Kinderbetreuung können Beschäftigte neben umfassenden Beratungen zur Organisation der Kinderbetreuung auch die Begleitung bei der Suche nach Kita-Plätzen und Betreuungspersonen in Anspruch nehmen.

Eine Hilfe im Haushalt erleichtert den Arbeitsalltag sehr. Die Auswahl einer Reinigungs- und Haushaltshilfe ist eine echte Vertrauenssache. Hier hilft die awo lifebalance GmbH eine geeignete Person zu finden.

Immer mehr Beschäftigte benötigen Unterstützung in der Pflege von Angehörigen. In einem ausführlichen Erstgespräch mit den Pflegeberater*innen wird der individuelle Unterstützungsbedarf erhoben. Das Spektrum der Beratungsinhalte reicht von verschiedenen Hilfs- und Pflegeangeboten, Leistungen der Pflegeversicherung bis zu der Beantragung eines Pflegegrades oder der seniorengerechten Gestaltung einer Wohnung. In enger Abstimmung mit den Angehörigen sind die Pflegeberater*innen auch bei der Suche nach Plätzen in Pflegeheimen oder Pflegediensten behilflich.

*„Die Beratung war hervorragend. Ich war in der Situation hilflos und überfordert. Durch die menschliche Anteilnahme und die hervorragende Beratung/Betreuung habe ich bei allen Problemen und Rückfragen sofort wertvolle Informationen bekommen.“
(Zitat einer beschäftigten Person)*

Die awo lifebalance GmbH verfügt über ein bundesweites Netzwerk von erfahrenen Fachleuten und bewährten Einrichtungen. Dabei wird großer Wert auf eine trägerunabhängige Beratung und Vermittlung gelegt.

Beschäftigte, deren Angehörige pflegebedürftig werden, erleben oft hohe psychische Belastungen. Andere Beschäftigte haben hingegen Probleme in der Partnerschaft, Konflikte am Arbeitsplatz, Suchterkrankungen oder Verschuldungen. Kompetente Fachkräfte aus dem Fachbereich Lebenslagencoaching nehmen diese Anliegen vertraulich und einfühlsam auf und bieten lösungsorientierte Beratungen, um neue Perspektiven zu entwickeln.

Beschäftigte, die ein Anliegen haben, können sich unter der kostenlosen Hotlinenummer (0800 2961133) bei geschulten Fachkräften melden. Die Anliegen werden höchst vertraulich, unter Einhaltung strenger Datenschutzrichtlinien, bearbeitet. Ein Online-Portal mit umfangreichen Informationen zu den Fachbereichen Kinderbetreuung und Pflege gibt den Beschäftigten aktuelles, zusammengefasstes Wissen an die Hand.

Vorträge, Webinare und Workshops, die am Beschäftigungsstandort gehalten werden können, runden das Angebot der awo lifebalance GmbH ab. 

(Anna Lena Drees)

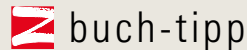
*„Wir haben gemeinsam [mit der awo lifebalance GmbH] viele familienunterstützende Angebote für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgebaut. Dabei haben wir die awo lifebalance GmbH als verlässlichen und engagierten Partner kennengelernt, der uns außerdem bei neuen Anforderungen kompetent und kreativ unterstützt.“
(Zitat einer Firma)*



Die awo lifebalance GmbH wurde im Jahr 2006 als „ElternService AWO“ gegründet. Gesellschafter sind die Landes- und Bezirksverbände der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Deutschland sowie der AWO Bundesverband e. V. Als bundesweit tätiges Unternehmen werden über 300 Arbeitgeber betreut, von mittelständischen Unternehmen bis zu Behörden und

DAX-30-Konzernen. Ziel von awo lifebalance ist es, Arbeitgeber bei der Umsetzung einer lebensphasenorientierten Personalpolitik zu begleiten und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Belegschaft zu unterstützen. Seit dem 01.01.2016 ist die awo lifebalance GmbH Mitglied im ZFF.

Ansprechpartnerin:
Bettina Forsch (Fachliche Leitung)
0211/13 06 75 - 10
Bettina.forsch@awo-lifebalance.de



100 Jahre Arbeiterwohlfahrt – 100 Jahre Kinder und Familien im Blick

Wie hat die Arbeiterwohlfahrt die gesellschaftliche Rolle von Familien verstanden? Welche Unterstützungsangebote schuf sie im Laufe der Jahrzehnte für Sorgetragende? Und was hat dies mit den sich wandelnden Geschlechterverhältnissen zu tun? Diese Fragen haben uns 2019 im Jubiläumsjahr der Arbeiterwohlfahrt beschäftigt. Unter dem Titel „100 Jahre AWO – 100 Jahre Kinder und Familien im Blick“ haben wir gemeinsam mit dem AWO Bundesverband den Blick in die Geschichte gewagt.

Für die AWO-Gründerin Marie Juchacz waren die Bedürfnisse von Arbeiterinnen, die vor der Herausforderung der Doppelbelastung von Erwerbs- und Sorgearbeit standen, Triebfedern beim Aufbau der sozialdemokratischen Wohlfahrtspflege. In der Gründungsphase der Arbeiterwohlfahrt wurde zwar stets das Primat öffentlicher Wohlfahrt betont, dennoch eröffneten ab den frühen 1920er Jahren eigene Einrichtungen und Heime, etwa im Bereich der Kindererholungsfürsorge, um Arbeiter*innen und ihre Familien zu entlasten.

Nach 1945 stand erneut die Solidarisierung mit Menschen, die familiäre Fürsorgearbeit übernehmen, im Mittelpunkt des Selbstverständnisses der AWO. Schon früh wurde dies mit der

Forderung verknüpft, die Vielfalt von Familienformen anzuerkennen und zu unterstützen. Diese Position fand Eingang in das erste fachpolitische Programm 1974 und in einen breiten Familienbegriff, der über Ehe und Paarfamilie hinausging.

Auch das erklärte Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Gleichstellung zwischen Männern und Frauen wirkte sich auf die Ausgestaltung familienpolitischer Positionen der AWO aus. Jedoch wurde Geschlechtergerechtigkeit im Wandel der Zeit unterschiedlich verstanden. Passte sich der Verband in der Nachkriegszeit noch dem konservativen Zeitgeist an, stand er dem ab den 1960er Jahren einsetzenden gesellschaftlichen Wandel, der mit erheblichen Implikationen für die Geschlechterverhältnisse einherging, offen gegenüber. Im Anschluss daran entwickelte die AWO Konzepte, die die Rollenverteilung innerhalb von Familien weiterdachten. Die Aufarbeitung der AWO-Positionierung im Spannungsfeld familienpolitischer Entwicklungen schärft nicht nur unser Geschichtsbewusstsein, sie zeigt auch aktuelle Verantwortlichkeiten des Wohlfahrtsverbands auf: Für die Unterstützung familiärer Vielfalt, für die Gleichstellung der Geschlechter und nicht zuletzt für die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut. 

(Lisa Sommer)



AWO Bundesverband e.V./ Zukunftsforum Familie e.V. (2019):

100 Jahre Arbeiterwohlfahrt – 100 Jahre Kinder und Familien im Blick. Download unter:
www.zukunftsforum-familie.de/infocenter/publikationen.
Die Bestellung von Druck-Exemplaren ist möglich.
Bitte wenden Sie sich an das ZFF.

»Familie ist ...

... mein Kraftzentrum.«

„Familie ist für mich da, wo ich am liebsten bin. Meine Familie ist mein Kraftzentrum. Ohne sie wäre ich nicht da, wo ich heute bin. Ohne sie könnte ich viele Dinge in meinem intensiven Arbeitsalltag nicht leisten. Familie ist für mich dabei mehr als Zusammenhalt. Meine Familie gibt mir Orientierung, wir erleben viele lustige Momente, aber sie erdet und teilt auch manchmal aus. Familie ist nicht immer ganz einfach, aber im Alltag sehr belebend.“

Hubertus Heil
Bundesminister
für Arbeit
und Soziales



zukunftsforum
familie e.v.

www.zukunftsforum-familie.de



facebook/zukunftsforum-familie

Impressum:

Herausgeber: Zukunftsforum Familie e.V.
Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin
Tel.: 030 259272820

E-Mail: info@zukunftsforum-familie.de
www.zukunftsforum-familie.de

facebook/zukunftsforum-familie

Ausgabe 30/2020

Redaktion: Dieter Heinrich, Anna Bruder, Janine Örs,
Alexander Nöhning, Nikola Schopp, Lisa Sommer
Nähere Informationen zu den Autorinnen und Autoren der
Artikel finden Sie auf der ZFF-Homepage.

Endredaktion und V.i.S.d.P.: Nikola Schopp

Gestaltung: büro G29, Aachen

Druck: KOMAG mbH, Berlin

Titelfoto: www.istock.com/conceptualmotion

„vielfalt familie“ erscheint einmal Mal jährlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Der Abdruck und die Vervielfältigung des Inhalts sind nach Absprache und bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt und erwünscht. Die aktuellen Ausgaben stehen unter www.zukunftsforum-familie.de zum kostenlosen Download bereit. Alle Rechte liegen beim Zukunftsforum Familie e.V.